Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur Lage

Das Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. September hat zu verschiedenen, lebhaften Kommentaren Anlaß gegeben, unter denen vor allem die Äußerungen von Bundesrat Streuli anläßlich der Eröffnung der OLMA in St. Gallen und von alt Bundesrat Weber in der «Berner Tagwacht» hervorzuheben sind. Zweifellos erscheint der Entscheid in doppelter Hinsicht bedauerlich. Vor allem trifft dies zu für die Vorlage des Verfassungsartikels über die Ausgabenbeschlüsse der Bundesversammlung. Sie ist zwar erheblich weniger stark verworfen worden als die Vorlage über die Brotgetreideordnung. Das ist natürlich ein schwacher Trost. Es ist jedenfalls sehr zu bedauern, daß es nicht gelang, die Institutionen des *fakultativen Finanzreferendums* und der *parlamentarischen Ausgabenbremse* in der Verfassung zu verankern. Dies wäre im Hinblick auf die kommende Bundesfinanzreform von ganz wesentlicher Bedeutung gewesen, wären doch dadurch zwei bedeutende Punkte von vornherein aus der kommenden Diskussion ausgeschieden. Nun ist das Finanzreferendum dahingefallen, und es ist vorauszusehen, daß entsprechende Bestrebungen erst nach einer längeren Frist wieder aufgenommen werden können. Was die Ausgabenbremse betrifft, so ist sie, wie man weiss, Gegenstand der provisorischen Finanzordnung und mit ihr befristet bis zum 31. Dezember 1958. Es wird nun Aufgabe der Kreise sein, die für einen sparsamen Finanzhaushalt eintreten, dafür zu sorgen, daß die parlamentarische Ausgabenbremse erhalten bleibt, weil sie — außer den anderen Vorteilen — doch zum mindesten günstige psychologische Auswirkungen auf die Ratsmitglieder ausübt, im Sinne einer vermehrten Zurückhaltung bei Ausgabenbeschlüssen. Man wird also bestrebt sein, diese Institution in die definitive Bundesfinanzordnung hinüberzunehmen, bzw. in ein neues Provisorium zu übertragen, das, wie die Dinge heute liegen, bereits wieder, vor einer definitiven Regelung, die Wahrscheinlichkeit für sich hat.

In seiner Ansprache zur Eröffnung der OLMA in St. Gallen hat sich Bundesrat Streuli in der Hauptsache zu der ebenfalls verworfenen *Vorlage über die Brotgetreideversorgung* geäußert. Beanstandet hat er dabei in erster Linie, und sicher mit Recht, das Beiseitestehen des Bürgers. Tatsächlich betrug die Stimmbeteiligung im Landesmittel 43%, im Kanton Bern — der in seiner stark bäuerlichen Struktur der Vorlage über die Brotgetreideordnung doch wohl positiv hätte gegenüberstehen müssen — nur 34%, im Kanton Genf, der sich freilich seit langem einer schlechten Stimmbeteiligung erfreut, 22% und weniger als 20% im Kanton Tessin, der im allgemeinen als gouvernemental bekannt ist. Der bundesrätliche Sprecher hat diesen Umstand als «unverständlich, ja ungeheuerlich» bezeichnet in Anbetracht der Tatsache, daß es um die Brotversorgung des Landes ging, «um eine Frage also, die jeden unmittelbar und täglich angeht». Dazu wäre vielleicht zu sagen, daß das Desinteressement des Bürgers in diesem Falle zu einem Teil wahrscheinlich darauf zurückzuführen war, daß man die Bedeutung der Vorlage nicht verstand, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie doch einigermaßen kompliziert abgefaßt und außerdem mit einigen Fußangeln versehen war — haben doch bei einer kurz vor der Abstimmung getätigten Umfrage die Angefragten in ihrer überwiegenden Mehrheit erklärt, sie seien sich über die Bedeutung der

Vorlage nicht klar. Diese Leute sind wahrscheinlich zum großen Teil nicht an die Urne gegangen. Außerdem schien es, als sei die Vorlage durch das nachträgliche Einfügen der drei Worte «unter normalen Verhältnissen» mit einem entschiedenen Startfehler bedacht worden, der sicher viele Stimmbürger davon abgehalten hat, sich, gleichsam einer unsicheren Sache wegen, an die Urne zu bemühen. Zu diesem Punkt hat sich die «Schweizer Handelsbörse» eindeutig geäußert. Das Blatt macht darauf aufmerksam, daß die Vorlage ursprünglich bestimmte, der Bund übernehme zu seinen Lasten die Ausgaben in der Höhe der Mehrkosten für das Inlandgetreide, die sich im Mittel mehrerer Jahre ergeben würden. Auf Antrag des Finanz- und Zolldepartementes wurden dann vom Nationalrat die drei Worte «unter normalen Verhältnissen» in diesen Satz eingefügt, und zwar gegen die Opposition der Sozialdemokraten, die bis dahin die Vorlage unterstützt hatten und die ihr, so schreibt wenigstens die «Schweizer Handelsbörse», auch zugestimmt hätten, wenn nicht diese ominösen drei Worte noch hineingezwängt worden wären. Tatsache ist jedenfalls, daß die Opposition von der linken Seite, vor allem von Seiten der «Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten», im Abstimmungskampf zu einem großen Teil mit diesen drei Worten geführt wurde, die man, wohl nicht ganz zu Unrecht, dem Bürger als eine Kautschukbestimmung hinstellte, die ihn unter Umständen plötzlich unerwarteten Belastungen aussetzen würde. Die «Schweizer Handelsbörse» bemerkt dazu, die Vorlage sei nicht zuletzt an diesem Zusatz gescheitert, der offensichtlich einer übertriebenen Fiskalität des Departementes entsprang und nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. «Es fehlte» — so schreibt das Blatt — «eben am politischen Fingerspitzengefühl, das nun den Bund möglicherweise erheblich teurer zu stehen kommt als das kleine Entgegenkommen, das mit dem Verzicht auf den ominösen Zusatz hätte gemacht werden müssen.»

Was die Bemerkung von Bundesrat Streuli über die schlechte *Stimmbeteiligung* betrifft, so wird jedermann sie als begründet empfinden. In letzter Zeit, und gerade im Anschluß an die Umstände, die mit der Abstimmung vom 30. September zu Tage getreten sind, hat man eingehende und lebhaft geführte Diskussionen erlebt über die Ursachen, auf welche die andauernd schlechte Stimmbeteiligung zurückzuführen sei, und wie der Schaden allfällig behoben werden könnte. Gerade jüngst hat die «Neue Zürcher Zeitung» eine Zusammenstellung veröffentlicht, in welcher u. a. die Stimmbeteiligung seit 1848 angegeben wird. Die dort wiedergegebenen Zahlen sind von allgemeinem Interesse; sie seien deshalb hier wiedergegeben:

Periode	Eidg. Volksabstimmungen Anzahl	Verworfene Vorlagen in %	Mittlere Stimmbeteiligung in %
1848—1913	72	55,6	57,0
1914—1928	35	48,6	58,3
1929—1938	24	54,2	66,6
1939—1945	11	54,5	56,3
1946—1950	15	60,0	57,8
1951—1955	22	68,2	50,6

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich einmal der interessante Umstand, daß mit Ausnahme der Periode 1914—1928 jede Zeitspanne mehr verworfene als angenommene Vorlagen aufweist, wobei die Quote der Verwerfung in den letzten Jahren nicht unwesentlich gestiegen ist. Es scheint also tatsächlich eine gewisse Abneigung gegen die gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes oder gegen gesetzgeberische Maßnahmen,

die im Wege der Initiative vorgeschlagen werden, vorzuliegen, und diese Abneigung hat sich zweifellos gerade in den letzten Jahren verstärkt. Gleichzeitig ist auch die Stimmbeteiligung zurückgegangen; sie hat in der letzten Zeitspanne, also in der Periode von 1951—1955, einen Tiefstand erreicht, der bisher unbekannt war. Er beträgt 50,6%, wobei immerhin festzuhalten ist, daß die Stimmbeteiligung von 1880 bis 1928 und von 1939 bis 1950 auch nie mehr als 55 bis 60% der Stimmfähigen betrug. Hier scheint uns nun aber eine gewisse Erklärung für die schlechte Stimmbeteiligung, wie sie sich als Regel ergibt, in den deutlich abweichenden Zahlen der Periode 1929 bis 1938 zu liegen. In dieser Periode stieg die Stimmbeteiligung auf genau zwei Drittel, und in diese Periode fällt bekanntlich die Zeit der Wirtschaftskrise. Setzt man nun die Zahlen dieser Zeitspanne in Vergleich mit den heutigen mit ihrer schlechten Stimmbeteiligung, so scheint ein vorläufiger Schluß ohne große Schwierigkeit zu erreichen. Geht es dem Stimmbürger durchschnittlich wirtschaftlich schlecht, so sieht er dem Staat viel stärker auf die Finger als unter normalen Verhältnissen, weil er das Bedürfnis empfindet, die für ihn unbefriedigende Lage durch staatliche Maßnahmen zu ändern. Unter normalen Verhältnissen kümmert er sich weniger um die gesetzgeberische Arbeit, und gar wenn es ihm durchschnittlich so ausgezeichnet geht wie in der Periode der letzten Jahre, desinteressiert er sich in wesentlich gesteigertem Maße. Dagegen scheint es nicht unbedingt richtig zu sein, aus der schlechten Stimmbeteiligung in der heutigen Konjunkturlage Schlüsse zu ziehen, die weitergehen. Redaktor Dr. Streuli weist im «Thurgauer Tagblatt» darauf hin, es gehe wohl zuweit, wollte man aus der schlechten Stimmbeteiligung etwa schließen, daß das Volk nicht mehr zu herrschen, zu regieren verlange und die Grundlage des Staates hinfällig werde. Dieses Bedenken habe aber Bundesrat Streuli ausgesprochen. In der Folge weist Redaktor Dr. Streuli mit Recht darauf hin, daß in der Demokratie schon immer, allen schönen Reden zum Trotz, die Minderheit regiert hat. Die demokratische Wirklichkeit dürfe nicht nach einem abstrakten Ideal beurteilt werden, und die schlechte Stimmbeteiligung sei kein Grund, um Zweifel an der Demokratie überhaupt zu äußern. Wir möchten diese Feststellungen unterstreichen und unserseits beifügen, daß es wenig Sinn hat, den Stimmbürger ständig mit Vorwürfen, Belehrungen und Ermahnungen zu überhäufen. Die publizierten Zahlen aus frühern Jahrzehnten weisen doch wohl schlüssig darauf hin, daß noch stets, je nach den äußern Verhältnissen, eine größere oder kleinere Zahl von Stimmberechtigten die Entscheidung den andern überließ. Daß aber unsere Demokratie gleichwohl marschiert, und, alles in allem, nicht schlecht marschiert, wird sich ebenfalls nicht bestreiten lassen.

Nachdem dergestalt der Verfassungsartikel über die Brotgetreideversorgung am 30. September abgelehnt worden ist, kreist nun die Diskussion naturgemäß um die Frage, was geschehen soll. Bundesrat Streuli hat in seiner Rede in St. Gallen zu dieser Frage ebenfalls Stellung genommen. Er ist der Meinung, es sollten nun die Kreise, welche den Verfassungsartikel bekämpft haben, sagen, wie sie sich die künftige Ordnung vorstellen. Dies wird indessen wohl kaum zu einer Verständigung führen können, weil die Vorlage von den einen abgelehnt wurde, weil sie zu wenig freiheitlich, von den andern, weil sie zu wenig dirigistisch war. Die Vorbereitung einer neuen Vorlage würde, so sagte Bundesrat Streuli, voraussetzen, daß die maßgebenden politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen sich innert kurzer Frist verständigen und einigen könnten. Man wird dem bundesrätlichen Sprecher zustimmen, wenn er nach dem Stand der Dinge eine solche Verständigung nicht erhofft. Da auch die Verlängerung der heutigen Ordnung praktisch außer Betracht fällt, weil die verworfene Vorlage gerade wegen einigen aus der heutigen Ordnung übernommenen Kompetenzen bekämpft worden ist, so bleibt nur die Lösung: *Rückkehr zur alten Ordnung von 1929*. Damit würde also der *Verfas-*

sungsartikel 23bis wieder in Kraft treten. Dieser sieht für die Einfuhr des Getreides die monopolfreie Lösung vor. Ferner wird das Hauptziel, nämlich die Förderung des inländischen Getreidebaus durch Abnahme- und Preisgarantie und der Selbstversorgung (Mahlprämie) erreicht, und die Vorratshaltung ist ebenfalls gesichert. Dagegen besteht für verschiedene in der verworfenen Vorlage vorgesehene Postulate die verfassungsmäßige Grundlage nicht, so für die Stabilisierung des Brotpreises durch den Bund und für die Erhebung einer Weißmehlabgabe. Somit hätte die Rückkehr zur alten Ordnung, wie auch Bundesrat Streuli ausführte, voraussichtlich eine Erhöhung des Brotpreises, sicher des Ruchbrotes, zur Folge. Besser als an dieser unausweichlichen Schlußfolgerung läßt sich wohl die Demagogie der Gegner im Abstimmungskampf nicht illustrieren — hatten sie doch ihren Feldzug angeblich für die Tiefhaltung des Brotpreises geführt. Die Erhöhung des Brotpreises (Ruchbrot), die sich aus dem Wegfall des Preisausgleichs zwischen Weißmehl und Ruchmehl — für den im Falle der Rückkehr zur Regelung des Art. 23 bis die Verfassunusgrundlage fehlt — ergeben würde, indessen in bescheidenem Rahmen bliebe, wäre in der heutigen Zeit mit ihren durchschnittlich guten Verdienstmöglichkeiten, als ein Schritt zur Wiederherstellung marktgerechter Preise, wohl zu verantworten. Was die Mühlenkontingentierung betrifft, so enthält der alte Verfassungstext für sie keine Grundlage, dagegen ist gemäß dem Wortlaut des Verfassungsartikels der Bund ausdrücklich verpflichtet, für die Erhaltung des einheimischen Müllereigewerbes zu sorgen. Die Frage des Schutzes der einheimischen Müllerei im einzelnen dürfte durch das in Aussicht stehende Gutachten eines Betriebswissenschafters abgeklärt werden. So könnte, alles in allem, die Rückkehr zur Ordnung des Art. 23bis von 1929 begrüßt werden, vor allem deshalb, weil die Importfreiheit wiederhergestellt und die Müllerei nach wie vor des Schutzes teilhaftig würde.

Aus dem Abstimmungsergebnis sind besonders auf der Linken verschiedene Schlußfolgerungen allgemeiner Natur gezogen worden, auf die wir kurz hinweisen wollen. Unbestreitbar erscheint, daß die «Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten» einen nicht unbeträchtlichen Erfolg erzielt hat. Diese Aktionsgemeinschaft aber wird vornehmlich durch Organisationen getragen, welche der politischen Linken nahestehen. Diese hat also einen gewissen Grund, mit dem Resultat zufrieden zu sein, wenn sie auch über die Verankerung der monopolfreien Lösung nicht erfreut sein wird. Indessen werden nun aus dem Abstimmungsergebnis vom 30. September wieder politische Folgerungen gezogen, die reichlich unbegründet anmuten. So hieß es u. a., es sei höchste Zeit, daß im Bundesrat die Stimme der Arbeitnehmer und Konsumenten direkt zum Wort komme, und es erhebe sich die Frage, ob die Bundesratsparteien nicht klug beraten wären, wenn sie nun den Platz schaffen würden für eine *Zweiervertretung der Linken* im Bundesrat. Hier ist wieder deutlich der *Einfluß von alt Bundesrat Weber* spürbar, der offenbar nach wie vor der Ansicht ist, es müßten nach jeder wichtigeren Abstimmung Konsequenzen in bezug auf das Gremium des Bundesrates gezogen werden, wie er sie seinerzeit persönlich, sehr zum Leidwesen seiner Partei, gezogen hat. Damit hat sich nun aber die Linke im Taumel über ihren Erfolg vom 30. September stark verrannt, denn es ist jetzt schon vorauszusehen, daß solche Konsequenzen nicht eintreten werden. Jedenfalls steht für die Dezembersession keine bundesrätliche Demission zur Debatte.

Bericht aus Paris

Konsolidierung der Regierung Mollet

Nach der Rückkehr aus seinen Ferien findet das Parlament die politische Situation Frankreichs nach wie vor von den Ereignissen in Algerien, sozusagen von ihrem Versanden, beherrscht. Die Führer der Kammer, unter ihnen selbst ein Teil der Opposition, weisen den Gedanken an die Möglichkeit einer nahen Regierungskrise zurück. Offensichtlich haben sie nicht die geringste Neigung, sich an die Stelle des jetzigen Kabinetts zu setzen, um dessen schwebende Probleme lösen zu müssen. Da ist die *Rechte*, die der Regierung das wenig glänzende Resultat der Londoner Konferenz übelnimmt und ihr Schwäche und Zögern gegenüber dem Gewaltstreich von Kairo vorwirft, doch sich hütet — und vor allem hütet sich Antoine Pinay —, sie deswegen allzu heftig anzugreifen. Im *Zentrum* haben das M.R.P. und einige Gemäßigte allen Grund, dem Kabinett Mollet ihre Unterstützung zu gewähren; denn sie erstreben seit Beginn dieser Legislatur nichts anderes als die Verhinderung eines sozialistisch-kommunistischen Zusammenschlusses in Form einer Volksfront; bloß die extreme Linke wird einen solchen hinfort noch wünschen. Das rechtfertigt das Verhalten des M.R.P., welches, namentlich auf den Rat von Georges Bidault hin, einen Bruch mit den Sozialisten abgelehnt hat; einige M.R.P.-Führer erachten sogar den Augenblick für gekommen, mit der Regierung Mollet zusammenzugehen. Auf der *äußersten Linken* endlich hat die Kommunistische Partei einen Hauptvorwand für Angriffe auf die Auslandspolitik des Kabinetts verloren; seit der Rückzug von London ihr die Genugtuung verschafft hat, daß England und Frankreich den Weg der Gewalt verließen, könnte sie sogar in die Versuchung geraten, ihre Stimme der Regierung zu schenken, falls eine Debatte über Ägypten ihr dazu die Gelegenheit bieten sollte. Kein Zweifel freilich, daß die Kommunisten je nachdem auch bereit sind, die Regierung zu kompromittieren, im Augenblick, da trotz der intensiven sowjetischen Propaganda die europäische Zusammenarbeit glücklicherweise wieder in vollem Gange ist. In dieser Beziehung scheint die kürzlich stattgehabte Aussprache zwischen Mollet und Adenauer von günstigster Vorbedeutung, weil sie zwischen den Sechsen, England und dem, was vom freien Europa noch übriggeblieben ist, eine mögliche Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet erhoffen läßt, ausgedehnt auf ein gemeinsames Vorgehen in den Fragen der Bewaffnung und einer konstruktiven Investierungspolitik auf sämtlichen Weltmärkten. Das eine Ergebnis wenigstens hat die Suezkrise gezeitigt: sie hat Großbritannien dem Kontinent näher gebracht, wodurch die vom Versagen der untergegangenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stark in Mitleidenschaft gezogenen europäischen Tendenzen neuen Auftrieb erhalten. Indem die Deutsche Bundesrepublik den wirtschaftlichen Abkommen die Priorität über die militärischen Vereinbarungen zugestand, welch letztere der Kanzler Adenauer ursprünglich an erste Stelle setzen wollte, hat sie die Bedenken unserer sozialistischen Linken zerstreut und allen Parteigängern des einigen Europa ihre Aufgabe erleichtert.

Wir hätten einen wichtigen Aspekt der heutigen französischen Politik zu betrachten unterlassen, wenn wir versäumten, auf die Spekulationen hinzuweisen, die im Augenblick rings um die Person von General de Gaulle aufwuchern. Auf den Stationen seiner Reise nach den Antillen und in den Stillen Ozean hat er große Worte ausgesprochen, mit denen er nicht bloß die dortigen Eingeborenen begeisterte, sondern auch ein Echo in den offiziellen Sphären der Metropole fand. «Frankreichs Wiederaufrichtung ist gewiß», hat er in Numea erklärt, «allein man wird noch einige Zeit warten müssen. Wer steht dann in der Vorhut? Wer gibt dann das Signal? Nun ja, das werden wieder einmal wir sein!» Soll man daraus schließen, daß die Vielheit der Probleme, von deren Lösung der Fortbestand der französischen Einheit abhängt, General de Gaulle veranlaßt, den Beitritt zum «System» ins Auge zu fassen — um seinen eigenen Ausdruck zu verwenden —, das heißt, in dem gleichen, aus der Verfassung von 1946 hervorgegangenen

Regime der assemblées mitzumachen, das er, nachdem er anfangs zu seinem Aufbau selber beigetragen, später so streng kritisiert hat? Die Zukunft wird es zeigen. Jedenfalls wartet man nun in politischen Milieus und in der Öffentlichkeit mit einer gewissen Beklemmung oder mit Befürchtungen oder ungeduldig und mit gespannten Hoffnungen ab, wann er sich entschließe, seine Absichten bekanntzugeben. Rechts und links entwickelt sich mit unterschiedlichem Erfolg eine Kampagne zu Gunsten de Gaulles. Solange indessen sein mächtiger Schatten weiterhin auf das Land fällt, bleiben Zweifel an Frankreichs Chancen bestehen, Zweifel, die in manchen Zirkeln mit größter Beharrlichkeit gehegt werden.

Die Verwirrung um das Suezproblem

Die Volksmeinung verurteilt sozusagen einstimmig die kleinmütige Haltung der Westmächte gegenüber dem Gewaltstreich des Obersten Nasser, der im jetzigen Augenblick als Sieger dasteht. Alle politischen, technischen, militärischen Gründe, auf die man sich beruft, um das Gegenteil zu beweisen, vermögen dieses bündige und kategorische Urteil, das Urteil der großen Mehrheit des Landes, nicht zu entkräften. Dieses Land aber, von den Gegebenheiten des Problems mehr oder weniger eingehend unterrichtet, sieht mit einer Anwandlung von Verstimmung das Thema München und Anti-München — der Pyramidenlandschaft angepaßt — wieder auftauchen, das man so gerne in den Tiefen der Vergessenheit belassen hätte.

Ein großer Irrtum war es, Oberst Nasser zu unterschätzen und auf ihn dasselbe Verfahren anzuwenden, das gegenüber dem Kanzler des Dritten Reiches von so bösem Erfolg begleitet war. Die Auseinandersetzungen über Suez haben bewiesen, daß es dem ägyptischen Diktator weder an Geschicklichkeit noch an Zähigkeit fehlt. Er verfügt über eine wahrhaft ideologische Kraft und versteht sogar, die nationalistischen — und damit die religiösen — Gefühle zu entzünden, die bei den jungen, wenig entwickelten, dem Islam anhängenden arabischen Nationen immer ein Echo finden. Die Unterstützung, die er ohne weiteres von den Sowjets erhielt, scheint seinen Ehrgeiz eigentümlich gesteigert zu haben und zeitigt die Wirkung, daß die Russen sich in Suez festsetzen konnten und nun in der Lage sind, sich diesen Angelpunkt des Mittleren Orients — bisher unantastbares Vorrecht des Westens — zunutze zu machen. Der Abzug der westlichen Lotsen, den man, unvorsichtig genug, in der westlichen Presse mit Genugtuung feierte, hat den normalen Kanalbetrieb nicht zu stören vermocht, und man muß sich heute wirklich fragen, ob diese Maßnahme angesichts der Ersetzung der westlichen Angestellten durch sowjetische Lotsen nicht ein von ernstesten Konsequenzen gefolgter Fehlgriff gewesen ist, den ein politischer Weitblick um jeden Preis hätte vermeiden sollen. Wie dem auch sei, die achtzehn im Lancaster House versammelten Mächte haben, indem sie der Entsendung der Mission Menzies nach Kairo zustimmten, sicherlich ihre Vorliebe für eine internationale Lösung genügend deutlich bezeugt. Das war jedoch auch alles; wohlweislich haben sie sich gehütet, weiterzugehen und darüber hinaus eine Bereitschaft zur Teilnahme an irgend einer gegen Ägypten gerichteten Unternehmung zu bekunden.

Da der Kreml hinter dem Bikbaschi steht, verbot die Klugheit den Westmächten jeden militärischen Eingriff; auf alle Fälle waren die in Zypern versammelten See- und Landstreitkräfte — die einzusetzen man sich selbstverständlich wohl hütete — nicht geeignet, das Oberhaupt der ägyptischen Regierung einzuschüchtern und zur Kapitulation zu bewegen.

In Frankreich haben die politischen Gruppen entsprechend ihrer nationalen Verbundenheit reagiert. Die äußerste Linke sowie eine Fraktion progressistischer Intellektueller stimmten natürlich Nasser bei. Diese Leute spezialisieren sich ja darauf, «die Freunde aller Länder außer ihres eigenen» zu sein — um mit diesem treffenden Ausspruch Disraeli zu zitieren. Man wundert sich über die fast krankhafte Befriedigung, mit der so viele Menschen heute bemüht sind, die Dekadenz des Westens zu verkünden; aber

freilich, die Schwäche der Westmächte, die Rußland ermöglicht hat, seinen Einzug im Mittelmeer zu halten, ist höchst bedauerlich. Dieser Passivität verdanken wir es, daß sich Nasser ermutigt fühlen konnte, die Sowjets im Mittleren Orient einzuführen, indem er Moskau erlaubte, mit einem Schlage die NATO zur Änderung ihrer Dispositionen im Mittelmeer zu zwingen — wo doch die neuralgische Suezregion für Westeuropa vitale Bedeutung besitzt.

Juristische Grundlagen der Suezkanal-Gesellschaft

Es wurde von jüngst befragten, hervorragenden Spezialisten des internationalen Rechts, die nunmehr das Ergebnis ihrer Untersuchungen vorgelegt haben, festgestellt, daß das am 26. Juli vom Bikbaschi unterzeichnete Nationalisierungsdekret im Widerspruch zu dem Statut des Kanals, zum internationalen Statut der Gesellschaft und zu den durch die Gesamtheit der Nationen anerkannten allgemeinen Grundsätzen steht.

Man hat allerdings im Lauf dieser letzten Monate darauf hingewiesen, daß die Compagnie eben dennoch ägyptisch gewesen sei, und hat sich nicht gescheut, daraus Schlüsse zu Gunsten der These Nassers zu ziehen (siehe den Artikel von Geouffre de La Pradelle «Hat Ägypten das internationale Recht verletzt?» in *Le Monde* vom 27. Juli dieses Jahres). Die Konvention aus dem Jahre 1866 besagt denn auch tatsächlich dasselbe, nämlich daß die Gesellschaft ägyptisch ist; doch bildet dieses Faktum nur einen der Aspekte eines vielschichtigen Fragenkomplexes; denn die gleiche Konvention erklärt unzweideutig, die Compagnie werde in allem, was ihre Verfassung und ihre Existenz betreffe, von französischem Recht regiert.

Nun haben die ägyptischen Gerichte beschlossen, ägyptische Gesetze, selbst solche, welche die öffentliche Ordnung betreffen, sollten auf die Gesellschaft nur in dem Maße Anwendung finden, in dem sie dem universalen Statut der Compagnie nicht zuwiderlaufen. Somit hat die Regierung von Kairo erkennen müssen, daß die Compagnie nicht Gesetzen unterworfen ist wie z. B. der Verordnung über Gesellschaften, der Verfügung betreffend die Währungskontrolle, dem Verbot der Goldklausel in Kontrakten. Wie kann man dann annehmen, daß ein ägyptisches Gesetz das Statut selbst ohne vorgängige Vereinbarung aufheben dürfte?

Man wird diesen Expertenaussagen die eindeutige Festigkeit nicht absprechen, noch übersehen können, daß sie das gute Recht auf der Seite der Kanalgesellschaft erblicken. Aber niemand glaubt heute noch, es handle sich bloß um einen juristischen oder selbst um einen finanziellen Einsatz, so viele Milliarden auch auf dem Spiel stehen mögen. Und weil die ganze Welt den Einsatz als vor allem politisch sieht, ist die öffentliche Meinung unzufrieden, die Lösung eines Problems, von dem Europas Zukunft abhängt, hinausgezogen zu sehen wie in Algerien.

Algerien

Während der Sultan von Marokko in Nordafrika den Vermittler spielt, wächst die Liste der Opfer in Algier täglich. Die Erklärung von Abderrahman Fares in *Le Monde*, die den späten, aber formellen Anschluß des früheren Präsidenten der «Assemblée Algérienne» an die «Fédération de Libération Nationale» (F. L. N.) bezeugt, scheint die Aussichten auf eine mögliche Verständigung mit den gemäßigten Moslems noch zu verschlechtern. Robert Lacoste jedoch, der das uneingeschränkte Vertrauen der Regierung besitzt und die schwere Last eines Ministerresidenten in Algier zu tragen hat, ist der Ansicht, daß trotz dem Wiederaufflackern des Terrorismus die nachgerade sichtbar festzustellende Ermattung einer immer wachsenden Zahl von Fellachenanführern auch in Betracht gezogen werden darf. Das Bild, das er von der Lage entwirft, bleibt ermutigend und unterscheidet sich auffallend von der Vorstellung, die man sich darüber allgemein macht. Nach seinen Angaben wickeln sich die militärischen Operationen

erfolgreich ab; die Zusammenstöße an den Grenzen werden seltener; mit einem Wort: der Rebellion scheint der Atem auszugehen; sie fürchtet sich vor einem neuen Winter. Die sofortige Beseitigung aller Mißstände ist zwar nicht möglich; doch soll das neue Statut von Algerien tunlichst bald zur Anwendung gelangen, und von den darin vorgesehenen administrativen und sozialen Reformen verspricht sich Robert Lacoste einen fortschreitend engeren Zusammenschluß der nicht in den Kampf einbezogenen, sondern Frankreich treu gebliebenen Mohammedaner.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus London

Hinter den Kulissen von Suez

Säbelrasseln

Beobachter des Verlaufes der durch die «Nationalisierung» des Suez-Kanals verursachten Krise müssen sich oft die Frage stellen, wie nahe wir während dieser Zeit am Rande eines Krieges standen. Die beste Antwort auf diese Frage scheint der «Economist» zu geben. «Wahrscheinlich wird die Geschichte die Politik der britischen Regierung (im September 1956) als äußerst kriegerisch in Worten und zu drei Vierteln — aber nur zu drei Vierteln — als Bluff bezeichnen.» Nach Ansicht der zitierten, ausgezeichneten Wochenschrift hat sich dieses «Säbelrasseln» teilweise bezahlt gemacht. «Präsident Nasser war klug genug, alles zu vermeiden, was die USA zu einer Anerkennung der Berechtigung Englands und Frankreichs zur Gewaltanwendung hätte veranlassen können.» Anderseits wäre Amerika in der Unterstützung Englands und Frankreichs «in einem Wahljahr nie soweit gegangen, wenn nicht Dulles vor der Möglichkeit weitergehender Schritte seitens der beiden Mächte Angst bekommen hätte.» Erst die durch das Auftreten Amerikas möglich gewordene Beschränkung des Druckes auf Ägypten auf wirtschaftliche Sanktionen hat die Berufung an die Vereinigten Nationen zu einem realistischen Schritt gestaltet.

Trotz allem «Säbelrasseln» wäre eine sofortige militärische Intervention zur Verhinderung der «Nationalisierung» aus dem einfachen Grunde unmöglich gewesen, weil die dazu notwendigen Mittel an Ort und Stelle nicht vorhanden waren. Daher war die Regierung Eden gezwungen, wenigstens um Zeit und die öffentliche Meinung der demokratischen Welt für sich zu gewinnen, die Suez-Konferenz einzuberufen, trotzdem sie weder mit der Unterstützung Rußlands noch jener Indiens rechnen konnte.

Die von den 18 Staaten nach Kairo delegierte Mission Menzies fand die Unterstützung eines wieder einigen Parlamentes, trotz der Kritik des «Säbelrasselns» seitens der Opposition. Ebenso wie die Regierung das «Säbelrasseln» zur Beschwichtigung der Ultras im eigenen Lager benötigte, mußte auch Gaitskell die Meinungsunterschiede zwischen ihm und Eden auf die künstlichste Spitze treiben, um seiner eigenen Linken sicher zu bleiben. Sowohl Eden als Gaitskell möchten ja gerne den verhaßten «Hitler am Nil» zu Fall bringen. Es handelt sich bloß darum, wie. Die Konservativen sehen in der Verneinung des internationalen Charakters des Suez-Kanals einen möglichen Kriegsfall. Die Sozialisten lehnen dies ab, würden aber gerne zur Verteidigung Israels die Waffen ergreifen, selbst ohne vorherige Anrufung der Vereinigten Nationen! Jedenfalls fand auch die von Dulles ins Leben gerufene «Genossenschaft» der «Kanalbenützer» die Zustimmung aller Parteien und die gegenseitigen Beschuldigungen auf den Parteikongressen gehören eben auch zu den Requisiten der parteipolitischen Demagogie. Als Eden das Parlament mit der britisch-französisch-amerikanischen Solidarität

in dieser Frage überraschte, wußte er doch ganz genau, daß er seine Gegner auf beiden Seiten entwaffnen würde. Seine eigenen Ultras dachten, es handle sich um eine Gelegenheit, Nasser durch eine «Probefahrt» mit eigenen Piloten zu provozieren. Die Linke dagegen sah darin eine Demütigung des «Säbelrasselns»; beide Seiten klatschten Beifall und das Mißtrauensvotum blieb eine eindruckslose «Parteispielerei». Die «Genossenschaft der Kanalbenützer», wie sie heute besteht, ist zwar ein Meisterstück des diplomatischen Geschickes Dulles', aber ansonsten weit entfernt von Edens erträumtem Anti-Nasser-Bunde.

Grüne oder rote Fahne

Die Labourpartei hat aus dem Verhalten Schepilows während der ersten Londoner Suez-Konferenz viel offener als die Konservativen die Lehre gezogen, daß man es in Suez nicht so sehr mit Nasser und dem panarabischen Nationalismus, als mit Rußlands Kommunismus zu tun habe. Während die Regierung so tat, als ob eine Gewaltanwendung gegen den ägyptischen Diktator im Handumdrehen den Konflikt entscheiden könnte, begründeten die Sozialisten ihre Opposition großenteils mit Warnungen vor der Entfesselung eines dritten Weltkrieges. Doch war sich die Regierung, die ja doch von allem Anfang an die teilweise Mobilisierung und die Truppenkonzentration in Zypern als bloße Vorsichtsmaßregel bezeichnete, des vollen Ernstes der Lage durchaus bewußt, selbst wenn sie an eine russische militärische Intervention — im Falle einer raschen Entscheidung in Suez — nicht recht glauben wollte. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die grüne Fahne des Propheten, die Nasser gegen den Westen im Ernstfalle mobilisieren möchte (womöglich in der Hand des saudi-arabischen Königs), sehr bald von Moskaus roter Fahne mit Hammer und Sichel überschattet würde. Rußland will ja nicht nur die Beruhigung des Nahen Ostens und die friedliche Lösung der palästinensischen und algerischen Probleme verhindern. Rußland will sich des Suez-Konfliktes zur Verwirklichung seiner weltrevolutionären Absichten und Ziele bedienen. Dazu braucht eben Rußland das mittelöstliche Erdöl.

Die sowjetischen Wehrwirtschaftsexperten sind nach Geheimmeldungen aus Moskau der Ansicht, daß mit den gegenwärtig im Besitze des kommunistischen Blocks befindlichen Erdölmengen ein moderner Krieg weder gewonnen noch für längere Zeit überhaupt geführt werden kann. Trotz der im Laufe der vergangenen fünf Jahre in Rußland erfolgten Verdoppelung der Produktion liefert die amerikanische Erdölindustrie rund das Fünffache der russischen. 83 Mio Tonnen jährlich genügen nicht für die Bedürfnisse eines eventuell mobilisierten Ostblocks. Dies erklärt also nach englischer Meinung nicht nur die bisherigen Friedensoffensiven und Entspannungsmanöver, sondern eben auch die gegenwärtige, auf die Untergrabung des Bagdadpaktes und die Ausnützung des Suez-Konfliktes — zur Verdrängung der westlichen Erdölmächte aus dem Mittleren Osten — zielende russische Politik. Statt den Erfolg der neuen Bohrlöcher am Kaspischen Meer, in Saretow, Krasnodar und in der turkmenischen Republik abzuwarten, würde es Moskau gewiß vorziehen, die arabischen Herrscher zur Nationalisierung ihrer Quellen und dann zu deren Ausbeutung durch russische «Freunde» zu bewegen. Die arabischen Herrscher scheinen diese Gefahr zu wittern und möchten gerne Nasser zur Nachgiebigkeit bewegen. Doch Nasser hat es wunderbar verstanden, sich nicht nur zum Bannerträger des panarabischen Nationalismus, sondern auch zur Personifizierung der Hoffnungen der Massen auf soziale Reformen zu machen. Daher war und ist man in London eher skeptisch gegenüber den amerikanischen Bemühungen, die durch Petroleum reich gewordenen mittelöstlichen Potentaten gegen die ägyptische Hegemonie zu beeinflussen. Sind doch nicht einmal die Nassers panarabischen Imperialismus besonders fürchtenden Monarchen von Lybien, Tunis und Marokko imstande, die Popularität des «Befreiers Algeriens» zu ignorieren.

Nehrus vertrauter Freund Krischna Menon hat in London alles getan, um Eden und Selwyn Lloyd zu einem Kompromiß mit Nasser zu bewegen. Sein Hauptargument war die Behauptung, Nasser sei ein Gegner des Kommunismus und dürfe nicht in

Rußlands Arme getrieben werden. Es ist aber keineswegs sicher, daß Nassers blinder Haß gegenüber dem Westen, den die Räumung der Kanalzone nicht im geringsten milderte, und seine Empörung über die Entziehung der früher angebotenen Kredite für den Bau des Stauwerkes in Assuan die alleinigen Beweggründe für seinen Kanal-Handstreich waren. Die Behauptung der «Weekly Review», er sei ein williges Werkzeug in den Händen der Kremlmachthaber, mag vielleicht übertrieben sein. Doch sein Ehrgeiz, einen arabischen Bund von Marokko bis Mesopotamien unter seiner Führung zu gründen, mag ihn wohl zur Überzeugung gebracht haben, daß es im «Kalten Kriege», dessen angebliche Beendigung durch die «Koexistenz» er wohl nie ernst nehmen konnte, besser sei, die Seite zu bevorziehen, die an der Vertreibung der Europäer aus den Ölfeldern des Mittleren Ostens und den Stützpunkten Nordafrikas direkt interessiert ist. Und dann — après nous le déluge! Die grüne Fahne des Propheten könnte dann — um sich nur richtig an London zu rächen — sehr rötlich werden.

Mit oder ohne Amerika

Beide großen Suez-Konferenzen in London (die dritte — im Oktober — hatte ja schon geringere Bedeutung) standen dezidiert im Zeichen der amerikanischen Führung. Dulles war der Hauptverfasser der von der Menzies-Mission Nasser unterbreiteten Vorschläge. Dulles war der Antragsteller des Vorschlages zur Einsetzung einer Genossenschaft der Kanalbenützer. Dulles brachte es zustande, alle Einwendungen gegen diesen Vorschlag so zu berücksichtigen, daß jegliche Opposition seitens der achtzehn Teilnehmer gegenstandslos wurde. Dulles vermochte es sogar — mit Edens Hilfe —, die über sein Nachgeben erbitterten Franzosen genügend zu beschwichtigen, um ihren Beitritt, wenn auch mit Vorbehalten, zu ermöglichen. Einer der Franzosen machte ihm sogar das Kompliment «voilà de la grande politique». Natürlich wurde Dulles für diesen «zahnlosen» Kompromiß kritisiert, besonders von der eher anti-amerikanischen und isolationistischen («Commonwealth first») Beaverbrook-Presse («Expreß», «Evening Standard»). Die Liberalen und Sozialisten waren dafür voller Lob, während die Rechte sich damit zu trösten suchte, daß die amerikanische Außenpolitik nach den Wahlen im November ihre «Zähne» wieder finden würde. Wie dem auch sein mag, das Churchillsche Dogma der unbedingt zu erhaltenden britisch-amerikanischen Solidarität scheint weiterhin in Edens Umgebung unerschütterlich zu bleiben. Weder das Commonwealth noch Westeuropa könnten England einen genügenden Rückhalt für eine Politik «ohne Amerika» geben.

Vom englischen Standpunkt aus ist auch viel zu Gunsten der besonderen Orientierung Amerikas zu sagen. An die von russischen Propagandisten verbreiteten Märchen eines angeblich in der Zukunft drohenden amerikanisch-russischen «Super-Jalta» auf Kosten Europas glaubt ja doch niemand ernstlich. Das sind ja bloß Mittel zur Gewinnung naiver Linkspolitiker, denen Schlagworte von der «Emanzipierung» von Amerikas Hegemonie imponieren und die Moskau für seine «Volksfrontidee» gewinnen möchte, als dem angeblich einzigen Mittel, um einem solchen «Super-Jalta» (d. h. einem Verrate Amerikas) zuvorzukommen. Gegen die zynische russische Propaganda gegen «Kolonialismus» und «Imperialismus» mag ja ein das Selbstbestimmungsrecht der Völker personifizierendes Amerika von großer taktischer Bedeutung sein. Auch sind die einzigen wirtschaftlichen Sanktionen, die Nasser zur Besinnung bringen könnten, bloß mit amerikanischer Hilfe möglich. Amerika allein kann die nötige Menge von Super-Tankern (50—100 000 Tonnen) bauen, welche die Umfahrung Afrikas rentabel machen könnten (japanische Werften bauen bereits 83 000-Tonnen-Tanker und die «Tanker-Könige» Onassis und Niarchos haben ein großangelegtes Super-Tanker-Bauprogramm). Ohne amerikanische Hilfe könnte Nasser nie an die notwendige Vertiefung und Erweiterung seines Kanals denken. Der Suez-Kanal dient ja heute hauptsächlich dem Öltransport, und dieser könnte mit amerikanischer Hilfe auch auf Röhrenleitungen

durch Israel umgeleitet werden. Auch sind die amerikanischen Mittel zur Erreichung einer Mehrheit in den Vereinigten Nationen unverhältnismäßig größer als die britisch-französischen, um so mehr als die größte Schwäche in der gegenwärtigen «prinzipiellen Haltung» Londons gerade darin besteht, daß die Briten, auch als sie noch am Kanal standen, nichts getan haben, um die ägyptische rechtswidrige Sperre der Durchfahrt für Schiffe mit Waren für Israel zu verhindern. Dazu kommt noch die Betrachtung, daß der durch den Suez-Konflikt wieder heißer werdende «Kalte Krieg» ohne Amerika überhaupt nicht geführt werden kann, und dieser Krieg wird ja immer mehr zu einem Wettkampf zwischen West und Ost um die Gewinnung der wirtschaftlich rückständigen und sozial hilfsbedürftigen Völker. Wenn es wahr ist, daß Moskau die Realisierung der «Neutralisierung» Westeuropas durch «Volksfronten» und sonstige Annäherungen an die Sozialisten Tito überläßt, um eben seine Hauptanstrengungen auf Asien und Afrika zu konzentrieren, wird die Rolle Amerikas in der arabischen Welt völlig entscheidend. Schließlich und endlich kann ja eine dauernde Lösung des Suez-Konfliktes nur auf Grund einer von den Vereinigten Nationen garantierten Revision der Konvention von Konstantinopel von 1888 gefunden werden. Amerika allein kann da die unabwendbare Beteiligung Rußlands erträglich machen.

Es ist gewiß kein Geheimnis, daß die verhältnismäßig geringen Differenzen in der Einstellung Amerikas und Großbritanniens gegenüber dem Suez-Problem von kaum getarnten Agenten Moskaus zum Schüren einer grotesken antiamerikanischen Hetze ausgenützt wurden, die leider nicht erfolglos war. Sogar die Verantwortlichkeit für die Räumung der Kanalzone, die heute seitens der Rechten der Regierungspartei Eden so sehr zum Vorwurf gemacht wird, wird heute gerne dem «amerikanischen Drucke» zugeschoben. Es wird behauptet, Dulles wolle das mittelöstliche Erdöl Amerika zuschanzen. Glücklicherweise läßt sich die verantwortliche Presse nicht von dieser Hetze beeinflussen. Trotzdem Dulles zuerst die Organisation der Kanalbenützer realisiert sehen wollte, war er durchaus mit dem britisch-französischen Beschlusse einverstanden, die Lösung des Problems auf dem Wege der Berufung an die Vereinigten Nationen zu suchen. Die erneute Entente Cordiale — schreibt der «Economist» — «kann dem kontinentalen Europa und dem Commonwealth zum Baue eines soliden Gebäudes verhelfen, das die atlantische Brücke untermauern wird...». Alles spricht dafür, daß die atlantische Allianz, trotz allen Befürchtungen, die Suez-Krise gefestigt überdauern wird.

Adam Romer

Militärische Umschau

Die schwedische Luftwaffe im Jahre 1956

Schweden ist länger als die Kontinentalfront von Dänemark bis zur Mittelmeerküste. Die Verteidigung muß daher auf strategisch leicht beweglichen Streitkräften beruhen. Schweden hat daher größte Anstrengungen für den Aufbau einer wirkungsvollen Luftwaffe unternommen, die einen Gegner verhindern soll, sich der Luftherrschaft über dem schwedischen Hoheitsgebiet zu bemächtigen und die bei der Abwehr einer Invasion mit den Land- und Seestreitkräften zusammenwirken kann.

Aus guten Gründen kann man die Luftwaffe — besonders im Hinblick auf einen Blitzangriff — als die erste Abwehrlinie Schwedens betrachten. Es ist ihre hauptsächlichste Aufgabe, eine gegnerische Luftwaffe in der Luft, auf dem Boden und über dem Meer zu bekämpfen. Darum besteht die Luftwaffe zum größten Teil aus Jagdverbänden. Schweden unterhält keine strategischen Bomberverbände, aber seine Luftwaffe wird trotzdem nicht passiv zusehen, wenn feindliche Streitkräfte seine Grenzen überschrei-

ten. Jagd- und Angriffsflugzeuge (d. h. Jagdbomber) sind bereit, taktische Angriffsoperationen zu unternehmen, wie z. B. das Abfangen feindlicher Flugzeuge schon außerhalb der schwedischen Grenzen und Küsten, oder feindliche Streitkräfte anzugreifen, die zur See, auf dem Landweg oder in der Luft herantransportiert werden. Schließlich werden Aufklärungsverbände laufend die See- und Landgebiete eines Gegners photographieren.

Bei der schwedischen Luftwaffe gilt der Grundsatz: «Größte erreichbare Schlagkraft in der Luft bei einer Beschränkung der Bodenorganisation auf das Notwendigste.» In der Durchführung dieses Prinzips hat Schweden eine Stärke in der Luft erreicht, die auch von den Großmächten mit Respekt genannt wird.

Der Ursprung der Luftwaffe geht auf das Jahr 1911 zurück, als eine kleine Anzahl Flugzeuge auf Heer und Marine verteilt wurde. Im Jahre 1926 wurde die Luftwaffe zu einem selbständigen Teil der schwedischen Streitkräfte erhoben, so daß jenes Jahr, trotz einer erheblichen Herabsetzung der schwedischen Streitkräfte, für die Luftwaffe besondere Bedeutung erlangte. In den folgenden zehn Jahren wurden der jungen Luftwaffe nur geringe Mittel bewilligt, die erst von 1936 an bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges immer größer wurden. Bei der Mobilmachung im Jahre 1940 war die Qualität des Personals sehr gut, das Flugmaterial aber veraltet und die Anzahl der Flugzeuge sehr gering.

In den folgenden kritischen Jahren hat dann aber die politische Lage Schwedens, in Verbindung mit den neuen Erfahrungen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, zu einer raschen Entwicklung der Luftwaffe geführt.

In den Jahren 1940—1942 beschloß der Reichstag eine Verstärkung der Luftwaffe. Geschwader um Geschwader wurde aufgestellt und gleichzeitig wurde eine Flugzeugindustrie von bemerkenswerter Leistungsfähigkeit aufgebaut. Diese Industrie ist von größter Bedeutung geworden, weil es in jenen Jahren nicht möglich war, im Ausland erstklassige Kampfflugzeuge anzukaufen. Bei Kriegsende wies die schwedische Luftwaffe eine Stärke von 7 Jagdgeschwadern, 7 Jagdbombergeschwadern und 3 Aufklärungsgeschwadern auf.

Die Kriegserfahrungen brachten eine Umwertung zugunsten des Jagdfluges mit sich und führten zu einer Änderung der vom Reichstag 1942 beschlossenen Bestandeszahlen für die verschiedenen Flugzeugarten. Im Jahre 1948 beschloß der Reichstag einen weiteren Ausbau der Luftwaffe; die Stärke der zehn Tagjagdgeschwader sollte um 50 Prozent vergrößert werden. Endgültige Beschlüsse haben bis jetzt erst 6 dieser Geschwader betroffen. Für das Budget 1956—1957 ist dem Reichstag ein Voranschlag der Luftwaffe von 739 Mio Schwedenkronen vorgelegt worden, ein Betrag, der 35 Prozent des gesamten Verteidigungsbudgets ausmacht.

Ein Verteidigungsausschuß bereitet zur Zeit einen neuen Verteidigungsplan vor. In Erwartung des Ergebnisses folgt man grundsätzlich dem 1954 vom schwedischen Oberbefehlshaber ausgearbeiteten Vorschlag für eine neue Verteidigungsorganisation. Die für die Luftwaffe wichtigsten Vorschläge lauten: 1. In erster Linie muß auf Qualität geachtet werden; 2. Die Planung muß Atomwaffen, Fernlenkwaffen und teletechnische Hilfsmittel berücksichtigen; 3. Die Luftwaffe muß in vermehrtem Maße die anderen Streitkräfte offensiv unterstützen können. Außer der grundsätzlich bereits beschlossenen Verstärkung der Jagdverbände sollen daher auch die Jagdbombergeschwader um 50% verstärkt werden. 4. Für die Erdabwehr sollen Lenkwaffen entwickelt werden. 5. Der Flugmeldedienst und die Gefechtsleitung müssen modernisiert, die Bodenorganisation verbessert werden.

Der Reichstag hat 1956 beschlossen, die Jagdbombergeschwader vorläufig nur um 25% zu verstärken.

Im Jahre 1956 besteht die schwedische Luftwaffe aus folgenden Verbänden: 10 Tagjagdgeschwader mit insgesamt 30 Staffeln — 1 Nachtjagdgeschwader zu 3 Staffeln — 4 Jagdbombergeschwader mit 12 Staffeln — 5 Aufklärungsstaffeln — 1 Flugbasis-Korps (Bodenorganisation) — 1 Such- und Luftrettungsverband.

[Die Modernisierung des Flugmeldedienstes ist im Gange und ein Netz von Radarstationen befindet sich im Aufbau. Gefechtsleitungszentren und eine große Zahl atomsicherer Flugzeughallen sind in den Bergen unter Fels angelegt worden (Felskavernen).

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalleutnant *Axel Ljungdahl*, ist gleichzeitig Chef der Flugverwaltung. Die militärischen Probleme werden von einem Luftwaffenstab behandelt, der sich u. a. mit Operations-, Gliederungs-, Personal- und Ausbildungsfragen abgibt. Zum Luftwaffenstab rechnet man auch die Inspektoren des Flugsicherheitsdienstes, des Technischen Dienstes, des Flugmeldedienstes und den Chefarzt der Flugwaffe, sowie den Chef des Luftwaffenstabes und den Vizechef der Flugverwaltung, welche die administrativen Probleme bearbeiten.

Der operative Teil der Luftwaffe gliedert sich im Frieden in 4 Gruppen, welche direkt unter dem Luftwaffenchef stehen. Die erste Gruppe umfaßt sämtliche Jagdbombergeschwader, die zweite 5 Tagjagdgeschwader und die dritte 5 Tagjagdgeschwader samt dem Nachtjagdgeschwader. Die vierte Gruppe umfaßt die Aufklärungsstaffeln und die Such- und Luftrettungseinheiten.

Die Fliegerausbildung erfolgt bei der LW-Fliegerschule in Ljungbyhed und wird in der Flugkadettenschule in Uppsala fortgesetzt. Weiter bestehen eine Luftkriegsakademie, eine Spezialschule für Bombenabwurf und Schießausbildung sowie eine Schule für die technische Weiterausbildung der Unteroffiziere und des technischen Personals, eine Radarschule und eine höhere Schule für die Weiterausbildung von «Short Service Pilots».

Die Luftwaffenorganisation unterhält zentrale Flugzeugwerkstätten in Arboga, Västerås und Malmslätt. In Malmslätt besteht auch eine Prüfstelle für Flugprüfungen mit neuem Luftwaffenmaterial.

Der größte Teil des Luftwaffenpersonals ist fest angestellt und besteht aus rund 1200 Offizieren und Unteroffizieren. «Short Service Pilots» («Fältflygare»), Techniker und andere feste Angestellte, Bodenmechaniker usw. belaufen sich auf etwa 4000, dazu kommen rund 6000 Zivilangestellte. Das fliegende Personal besteht aus Offizieren, Kadetten und «Fältflygare». Letztere Kategorie umfaßt Unteroffiziere mit einer auf 6—7 Jahre begrenzten Dienstzeit. Die besten Flieger dieser Kategorie haben die Möglichkeit, Offiziere «des langen Weges» zu werden, wenn sie das schwedische Wehrmachtsgymnasium besuchen, das einer Schule mit Abiturientenexamen entspricht.

Um Offizier der schwedischen Luftwaffe zu werden, ist das Abiturientenexamen Voraussetzung. Die Offiziersausbildung umfaßt drei Jahre. Im ersten Jahr auf der Luftwaffen-Fliegerschule in Ljungbyhed lernt der Schüler fliegen und erhält die goldenen Flügel. Im zweiten Jahr fliegt er Kampfflugzeuge bei einem Geschwader und im dritten Jahr besucht der Kadett die LW-Kadettenschule in Uppsala.

Die strengen Winterverhältnisse in Nordschweden mit seinen weiten Wald- und Gebirgsgebieten machen es notwendig, den Fliegern auch eine besondere Winterausbildung zu vermitteln, um sie für eine Notlandung oder für Fallschirmabsprung in diesen öden Gebieten vorzubereiten. Die langen Küsten Schwedens erheischen ferner eine Spezialausbildung im See-Rettungsdienst. Das ganze fliegende Personal wird geschult, mit Hilfe von Notverpflegung und Spezialausrüstung das strenge Klima zu ertragen.

Jünglinge, welche die Volksschule absolviert haben, können sich zur Ausbildung zum «Fältflygare» melden. Die Fliegerausbildung ist für alle Kategorien kostenlos und während der ganzen Ausbildungszeit wird ein Gehalt ausbezahlt. Während ihrer Fliegerjahre erlernen die künftigen «Fältflygarna» auch einen bürgerlichen Beruf, um ihre spätere Überführung in das Zivilleben zu erleichtern. Beim Verlassen des Flugdienstes erhalten sie Geldprämien, die sich in vielen Fällen auf bedeutende Beträge belaufen.

Die gesamten Jagdstreitkräfte der Luftwaffe bestehen aus Düsenjägern, und zwar vorwiegend von der SAAB-Konstruktion *J 29*, der sog. «fliegenden Tonne», mit einer Geschwindigkeit von mehr als 1050 km/h. Eine Anzahl britischer Jäger vom Typ *Hunter J 34* befindet sich in Ablieferung und wird in zwei Geschwadern die veralteten de Havilland-Vampires ersetzen.

Das Nachtjagdgeschwader ist mit dem Flugzeug *J 33*, de Havilland-*Venom* ausgerüstet, einem Zweisitzer mit modernem Radarsystem, der jetzt auch in England im Nachtjagddienst verwendet wird.

In den Jagdbombergeschwadern werden die mit Kolbenmotor getriebenen Flugzeuge stufenweise durch Düsenflugzeuge ersetzt. Die zweimotorigen *B 18* sind zuerst durch die *A 28*, eine Jabo-Version des Vampire-Jägers ersetzt worden und müssen nun der Jabo-Version der «fliegenden Tonne», *A 29*, und der SAAB-Konstruktion *A 32* «*Lansen*» weichen. «Lansen» ist ein Zweisitzer mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 1100 km/h.

Für die Aufklärung verwendet man das kolbenmotorige Flugzeug *S 18*, eine Aufklärungs-Version des B 18:s, ausgerüstet mit Radar für Nacht- und Allwetterflug. Ferner gibt es auch eine Aufklärungs-Version des Düsenjägers *J 29*, das Flugzeug S 29 C.

Die Bewaffnung der Frontflugzeuge besteht aus Automatkanonen von 20 bis 57 mm Kaliber, aus schweren und leichten Raketengeschoßen, Napalm-Bomben, Sprengbomben und Splitterbomben.

Der Seerettungsverband hat amerikanische Amphibienflugzeuge vom Typ Catalina, Tp. 47, sowie einige kleinere Flugzeuge für den Sanitätsdienst.

Als Schulflugzeuge werden die SAAB *Safir*, *Sk 50*, als erster und der Zweisitzer *Vampire Trainer*, *J 28 C*, als zweiter Typ verwendet. Die Flugkadettenschule ist mit Vampire-Flugzeugen, *J 28*, und «fliegenden Tonnen», *J 29*, ausgerüstet.

Die schwedische Flugzeugindustrie ist hauptsächlich durch die Firma SAAB, Linköping, und durch die Svenska Flygmotor A/B (SFA), Trollhättan, vertreten. Die Baumuster der SAAB sind auch auf dem internationalen Markt wohlbekannt. Ein Beispiel für die modernen Ideen von SAAB ist das Düsenflugzeug «Draken», eine Deltaflügelkonstruktion. Die SFA stellt britische Strahltriebwerke DH Ghost und Rolls Royce Avon in Lizenz her.

Unter den wissenschaftlichen Instituten, die mit den erwähnten Industriewerken zusammenarbeiten, sind die Flugtechnische Versuchsanstalt und die Königlich-Technische Hochschule in Stockholm zu nennen.

In der schwedischen Flugverwaltung wurde als gemeinsames Organ der schwedischen Wehrmacht eine Abteilung gebildet, welche das Studium von Fernlenkwaffen fördert.

Hans Neij

Die Antwort der freien Gesellschaft

7. Tagung der Mont Pélerin Society in Berlin

Vom 29. August bis 3. September fanden sich in Berlin führende Sozialwissenschaftler, vorwiegend Ökonomen, aus mehreren Ländern der Alten und Neuen Welt zu einem zeitnahen Gespräch zusammen. Diese Mitglieder der von *F. A. Hayek* gegründeten Studiengesellschaft sahen Thema der Diskussionen und Ort der Tagung in tieferem Zusammenhang: An welchem Ort könnte man besser über «Die Herausforderung durch den Kommunismus und die Antwort der Freiheit» sprechen?

Im Anschluß an den Vortrag von Bundeswirtschaftsminister *Erhard* hielten der Präsident der Gesellschaft, Prof. Hayek, der Sekretär dieser in der Schweiz gegründeten Vereinigung, Dr. *A. Hunold*, und andere Mitglieder des Rates eine Pressekonferenz ab. Es war dies die erste öffentliche Geste in der Geschichte der Mont Pélerin Society, die an sich in der Stille, durch die Reflektion und Publizistik ihrer Mitglieder wirkt.

In einer sehr geschickt von Dr. Hunold kurzfristig arrangierten Vortragsreihe setzten sich die liberalen Sozialwissenschaftler in geschlossenen Sitzungen mit folgenden Problemen auseinander: Inflation, Sozialismus und Wohlfahrtsstaat, Sowjetische Expansion in den unterentwickelten Ländern und die möglichen strategischen Konzeptionen der freien Welt auf wirtschaftlichen, politischen und geistigen Ebenen. Im ganzen gesehen war es wohl eine der fruchtbarsten Aussprachen, die der Gesellschaft bisher gelungen waren. Die Tagungsstadt und die großzügige Unterstützung seitens der Regierung und Handelskammer West-Berlins dürften wesentlich daran mitgeholfen haben.

Eingangs widmete sich die Tagung dem Problem der permanenten Inflation. Dem eindringlichen Referat von Prof. *F. A. Lutz* (Zürich) folgte eine Diskussion, die fast noch entschiedener die Gefahr aufzeigte. Leichte Unstimmigkeit herrschte nur über die Frage möglicher Gegenmittel. Einige Ökonomen schrecken offenbar davor zurück, dem Übel an die Wurzel zu gehen: d. h. z. B. ein Klima zu schaffen, das grundsätzliche Befreiung von den psychologischen Voraussetzungen der unentwegten Inflation verspricht. *L. v. Mises* kritisierte den Vorschlag, die Inflation durch zusätzliche Interventionen über die Regierung zu steuern, etwa durch Ausarbeitung einer weniger inflationären Lohnpolitik. Und wird es überhaupt bei einer jährlichen Geldentwertung von 3 bis 5% bleiben? Wird sich die sog. permanente Inflation nicht beschleunigen und, wie v. Mises amüsant meinte, zur Lawine entfalten, sobald jede Hausfrau all das zu kaufen beginnt, was sie nie in ihrem Leben (auf)brauchen kann, wenn also der einzelne zur Hortung schreitet, zwecks späteren Tauschverkehrs während einer rapiden oder unterdrückten Inflation? — Vielleicht hätte man die Rolle der Gewerkschaften und ihre vermeintliche Unantastbarkeit (z. B. gerade in den USA) schärfer beleuchten sollen? — Erwähnt wurde auch der zusätzliche Antrieb, den die Inflation heute in den meisten Ländern durch hemmungslose Investitionen seitens der Unternehmer erfährt. Unglücklicherweise fühlen sich manche Großunternehmen, vor allem in den USA im Zeitalter der, wie sie glauben, «kontrollierten» Inflation recht wohl und stimulieren sie durch Expansionen, die früher durch die nun selten gewordene Furcht vor einer Depression gezügelt wurden. — Der Glaube an die allgemeine «Lebensversicherung» durch zentrale Intervention untergräbt nicht zuletzt auch das Verantwortungsbewußtsein in Unternehmerkreisen.

Ein zweites Hauptthema dieses Gesprächs liberaler Sozialwissenschaftler war «Kapitalismus, Sozialismus und der Wohlfahrtsstaat». Allein bei diesem Problem kam es zu schärferen Meinungsverschiedenheiten. Einige, vielleicht unbeabsichtigte Versuche, die psychologischen und soziologischen Gefahren des progressiven Paternalismus zu bagatellisieren, wehrte Dr. Hunold ab. Man konnte sich kaum dem Eindruck verschließen, daß Vertreter der voll etablierten Wohlfahrtsstaaten einen immer begrenzteren Beitrag zur Analyse leisten. Zum Teil mag das an irrationalen Hemmungen liegen (Rücksichtnahme auf ethnisch-nationale Bindungen). Es waren nicht zuletzt die schriftlichen und mündlichen Beiträge von *W. Röpke*, die eindeutig zeigten, wie unvereinbar Wohlfahrtsstaat und Marktwirtschaft sind. Der Wohlfahrtsstaat ist nicht, wie manche glauben, eine dem Sozialismus entgegengesetzte Lösung der sozialen Frage, sondern selber im Endziel totalitär durch seinen Anspruch, Urheber und Schützer alles irdischen Glückes zu sein. Ein tragendes Grundmotiv des Wohlfahrtsstaates ist der aggressive Egalitarismus (z. B. in Form der progressiven Einkommenssteuer). Ob aber z. B. die Vollbeschäftigung als eigentliches Merkmal des Wohlfahrtsstaates gelten soll, wurde zwar von Hayek behauptet, von Röpke jedoch bezweifelt.

Ermutigung konnte man aus jenen Stimmen schöpfen, die erklärten, es sei Aufgabe der liberalen Sozialwissenschaftler, nicht mit dem zufrieden zu sein, «was politisch möglich ist», sondern ein neues Feld öffentlicher Meinung zu schaffen, worin es wieder möglich ist, rationale und marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik zu fördern. Welche ungeheuren Schwierigkeiten dem noch entgegenstehen, wurde besonders in dem eindrucksvollen Vortrag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard deutlich. Im Rahmen übernationaler Wirtschaftspolitik möchten z. B. die verschiedenen Länder

meist «nach unten» integrieren, d. h. alle Länder müssen erst die Fehler des schwächsten Landes nachmachen, ehe man zur Integration bereit ist. Ebenso irrational sind binnenwirtschaftlich die vagen Forderungen im Kleid der «sozialen Gerechtigkeit». Man will z. B. Ladenschlußzeiten kontingentieren. Das heißt aber Fleiß kontingentieren. In den meisten Ländern treibt heute alles auf nivellierende Mittelmäßigkeit hin.

Dieses Grundproblem unserer Zeit, der mißgünstige Egalitarismus, wurde auch an anderen Stellen der Tagung angegriffen. Nicht zuletzt wies Hayek in seinem sorgfältig durchdachten Schlußreferat auf den Unsinn der «Gleichheit» bzw. der «sozialen» Gerechtigkeit hin und zeigte, wie abwegig der Gedanke einer Vergütung nach Verdienst in jeder Volkswirtschaft sei. Wir brauchen wieder eine Gleichheit vor dem Gesetz, den *Rechts*staat (Rule of Law), der heute durch den *Administrativ*staat, angeblich im Dienste «sozialer» Gerechtigkeit, zunehmend ersetzt wird. Die wesentliche Forderung des Liberalismus bleibt bestehen: die Freiheit des einzelnen zu vermehren und die Macht einzuschränken. Sinnvolle Freiheit ist immer persönliche Freiheit. Diese schließt eben auch die Freiheit zur Selbstschädigung ein. Diese Art der individuellen Freiheit muß aber in jeder Zivilisation offen bleiben, die nicht stagnieren will. Keine zentrale Instanz kann die erfolgversprechendste Erfindung planen und garantieren. Was wir immer vom wirtschaftlich-technischen «Fortschritt» wertmäßig halten, er bietet im Grunde doch meist eine Lebenserleichterung, die wir alle schätzen. Dieser Fortschritt hängt aber nach wie vor in erster Linie von der ungeplanten Freiheitssphäre des Individuums ab.

Entgegengesetzte Gesichtspunkte erschienen in der Diskussion über eine erfolgversprechende Strategie im Kalten Krieg. Prof. *F. Böhm* entwickelte in einem langen Referat den Vorschlag, durch «Entdramatisierung» der westlichen Außenpolitik dem kommunistischen System den inneren Schwung, den Anlaß zur fortwährenden Siedehitze zu rauben. Er gab sich der Hoffnung hin, ein freiheitlicheres Wirtschaftssystem würde sich im bolschwistischen Staat von selber wiederherstellen, sobald der äußere Anlaß wegfiele, die Investitionsgüter- und Waffenproduktion zu forcieren. Nach Böhm sollen wir «durch eine Politik unentwegten Stillhaltens versuchen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, durch die sich die bolschewistische Politik ermutigt sieht, das Wagnis eines so weltbedeutsamen Kurswechsels auf sich zu nehmen».

Böhms These wurde energisch angefochten. Seine Theorie stützt sich auf das Modell des deutschen Nationalsozialismus, dem ein egalitärer Welterlösungsmythus fehlte und der tatsächlich nur durch ein ewiges Freund-Feind-Verhältnis in politischer Hochglut gehalten werden konnte. Vielleicht die beste Widerlegung erfuhr Böhms gutgemeinter Rat im Vortrag von Prof. *W. Förster*, der eine hervorragende kritische Analyse des Ostwesthandels gab. Er wies an Hand zahlreicher Daten nach, daß eine Marktwirtschaft auf lange Sicht nie vom Handel mit einer totalitären kollektivistischen Wirtschaft profitieren kann, und daß im Endeffekt jeder westliche Exporteur — gleichgültig welche Ware er dem Osten liefert — die Granate schmieden hilft, die ihn später einmal zerfetzen wird. Unterstützt von Prof. Röpke u. a. erklärte Förster, daß die Chance des Westens gerade in der bewußten Akzentuierung der internen Schwierigkeiten des bolschewistischen Systems bestehe. Ein Minimum an Ostwesthandel erziele wachsende Spannungen zwischen der Sowjetunion und ihren weniger entwickelten Bundesgenossen, vor allem China.

Diese These war im Einklang mit den Darlegungen der Professoren *L. Baudin* und *H. Schoeck*, die sich von verschiedenen Perspektiven aus mit dem im Westen so verbreiteten Wahn befaßten, man könne den Kalten Krieg durch einen Schenkwettkampf mit der Sowjetunion in den sog. unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewinnen. Baudin zerriß die vor allem in den USA so beliebte sentimentale-masochistische Überbewertung des Anti-Kolonialismus und der «Selbstbestimmung» farbiger Völker. Der von westlichen Entwicklungsländern in der Vergangenheit in den Kolonien geerntete Undank und Haß spreche weder für eine Reife zur Selbstbestimmung noch für die Klugheit weiterer großzügiger Investitionen.

Im Gegensatz zur unheilvollen «Punkt-Vier-Ideologie», deren Einfluß auf die

amerikanische Außenpolitik die Truman-Ära überlebt hat, dürfte die Freie Welt besser beraten sein, wenn sie sich wirtschaftlich in den unentwickelten und meist neutralistischen Ländern gerade jetzt nicht verausgabt, sondern zusieht, wie sich die Sowjetunion in dem Maße schwächt, als sie versucht, ihren Versprechungen an diese Länder nachzukommen, beziehungsweise sich durch bewiesenes Unvermögen international blamiert. Die Linksintellektuellen in den westlichen Ländern sind seit einigen Jahren bemüht, den von ihnen im Bürgertum gegenüber den unteren Klassen gezüchteten Schuldkomplex nun durch Einbeziehen der unterentwickelten Völker zu intensivieren: damit wird aber dem Westen die Entschlußkraft gegenüber jenen Gebieten der Erde geraubt, wo farbiger Nationalsozialismus und Sowjetstrategie Hand in Hand arbeiten.

Helmut Schoeck

Zeitfragen zum Verhältnis zwischen Recht und Wirtschaft

V. Herbsttagung der «Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau»

Die *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau* (Redressement National), welche dieses Jahr auf 20 Jahre aktiver und erfolgreicher Arbeit im Dienste einer grundsatztreuen eidgenössischen Politik zurückblickt, lud Mitte September zu ihrer 5. Herbsttagung im Parkhotel Gießbach am Brienzersee ein. Es ist das kaum genug zu unterstreichende Verdienst dieser Tagungen, die heranwachsende akademische Jugend am Beispiel konkreter Tagesfragen der Wirtschaft und Politik auf die tragenden Grundkräfte unserer staatlichen Gemeinschaft hinzuweisen. Die Anwesenheit führender Persönlichkeiten aus dem wirtschaftlichen und politischen Bereich, das aufgeschlossene Gespräch zwischen Praktiker und Theoretiker, zwischen idealistisch-dynamischer Jugend und erfahrenem Alter vermag in glücklicher Weise fruchtbar zu werden. Es entspricht der beherrschenden Bedeutung, welche die wirtschaftlichen Fragen im heutigen politischen Leben einnehmen, daß auch dieses Jahr die Probleme der Wirtschaft und ihres Verhältnisses zum Recht wiederum im Vordergrund standen.

Als erster Referent sprach Dr. *L. Derron*, Geschäftsleiter des Zentralverbandes Schweiz. Arbeitgeber-Organisationen, über das *Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Er wies warnend auf die eingetretene Verwirrung und Umdeutung des Begriffes «sozial» hin. Das Wort, das früher im allgemeinsten Sinne die gesellschaftliche Interdependenz ausdrückte, ist heute zu einem Gruppenideal geworden und visiert in fast ausschließlicher Weise das Problem der Einkommensverteilung. Es entspricht dieser Umwertung des Begriffes, daß man heute von Sozialrecht und Sozialpolitik spricht, ohne sich bewußt zu sein, daß Politik und Recht an und für sich ihrem Wesen nach Soziales darstellen. Das Soziale wird zu einem Gruppenanliegen, dem sich Staat und Wirtschaft, d. h. der gesamte Bereich des sozialen im ursprünglichen Sinne unterzuordnen hat. Damit entwickelt sich der Staat zu einem Instrument der Interessengruppen, zum Garanten der materiellen Sicherheit, zum Herrscher über alles, unter dem sich Trägheit und Mittelmäßigkeit breit machen. Wir müssen zum allumfassenden, ursprünglichen Sinne des «Sozialen» zurückfinden und die Wirtschaft aus der Sklavenschaft der gruppenhaften «Sozialpolitik» lösen. Denn die Aufgabe der Wirtschaft ist die allgemeine Hebung des Sozialproduktes und nicht die einseitige Wahrung von Gruppeninteressen.

Mitten in ein grundlegendes wirtschaftliches Zeitproblem führte der zweite Vortrag. Dr. *F. Hummler*, Delegierter für Arbeitsbeschaffung, sprach unter Hinweis auf zahl-

reiche Einzelprobleme als wirklichkeitsnaher Praktiker über die *öffentliche und private Konjunkturpolitik*, die er bildhaft als eine Gratwanderung zwischen dem Abgrund der Inflation und demjenigen der Arbeitslosigkeit darstellte. Aufgabe der Konjunkturpolitik ist die Bekämpfung der extremen Konjunkturschwankungen, wobei sich die Abdämpfung einer Überkonjunktur heute als schwieriger erweist als die Bekämpfung einer allfälligen Krise. Entsprechend der marktwirtschaftlichen Grundorientierung unserer Wirtschaft tritt die öffentliche Konjunkturpolitik in unserem Lande zurück. Trotzdem vermag der Bund durch seine Investitions-, Finanz-, Fiskal- und Außenhandelspolitik sowie neuerdings durch die Vermittlung konjunkturpolitischer Gespräche zwischen den einzelnen Wirtschaftsgruppen wesentliches zu leisten. Die Privatwirtschaft wirkt durch ihre Preis-, vor allem aber durch ihre Investitionspolitik auf die Konjunkturlage ein. Beim letzteren Mittel unterliegt sie dem Zwiespalt der widersprechenden Forderungen einer langfristigen und konjunkturpolitisch vorsichtigen Investititionsplanung einerseits und eines frischen und risikofreudigen Unternehmertums andererseits.

Die Möglichkeiten konjunkturpolitischer Einwirkungen sind vielfältig, und, wie der Referent an zahlreichen praktischen Beispielen vor Augen führte, vielschichtig und subtil. Irrationale Momente spielen hinein, insbesondere in der Auswirkung der öffentlichen Meinung. Krisenangst ist ebenso gefährlich wie eine hemmungslose Hochgemutheit, wie sie zum Teil in unserem Lande festzustellen ist. Mit einem Hinweis auf die weltweiten Zusammenhänge der Wirtschaft und auf die Notwendigkeit einer übernationalen Konjunkturpolitik schloß der Referent seine Ausführungen.

Über das seit Jahren in der Diskussion liegende *Kartellproblem*, das schon 1954 Thema eines Gießbach-Gespräches gewesen war, referierte Oberrichter Dr. *Leo Schürmann*. In klarer Systematik unterschied er zwischen dem Problem des internen und demjenigen des externen Kartellzwanges sowie der Frage der schädlichen Wirkungen der Kartelle im allgemeinen, und wies darauf hin, daß den beiden ersten Problemen schon heute — wenn auch zum Teil in schwankender Praxis — auf der Grundlage des Privatrechtes begegnet wird. Ein Kartell*verbot* ist nach dem geltenden Verfassungsrecht unmöglich. Art. 31 der Bundesverfassung visiert nur das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, der Kartellartikel hat Ausnahmecharakter, und aus dem Institut der Vertragsfreiheit und aus dem Vorbehalt der öffentlichen Ordnung läßt sich höchstens eine Mißbrauchgesetzgebung ableiten, auf keinen Fall aber ein generelles Verbot der Kartelle.

Die Lösung des Problems ist nach Dr. L. Schürmann, wie auch nach der Meinung der Mehrzahl der Diskussionsvotanten, in einer Mißbrauchgesetzgebung zu suchen, die möglichst weitgehend privatrechtlich aufgebaut ist und nur ausnahmsweise öffentlichrechtliche Bestimmungen enthält. Abschließend betonte der Referent, daß die Möglichkeit der freien Kartellierung ein Gegengewicht zu intensiveren und daher gefährlicheren Formen der wirtschaftlichen Konzentration darstelle und aus diesem Grunde erhalten bleiben müsse. Auch in der Diskussion wurden die Ordnungsfunktion der Kartelle und deren positive Auswirkungen in zahlreichen Bereichen hervorgehoben. Trotzdem müsse dem bestehenden Malaise gegenüber Verbänden und Kartellen Rechnung getragen und den auftretenden Mißbräuchen durch eine besondere Gesetzgebung gesteuert werden. Tatenlosigkeit wäre unklug und vermöchte Bestrebungen Vorschub zu leisten, die über das richtige Ziel weit hinausschießen.

Am zweiten Abend der Tagung entspann sich eine heftige Diskussion um die von der Handelshochschule St. Gallen geplante neue Studienrichtung des *Wirtschaftsjuristen*, welche von Professor Dr. *O. K. Kaufmann* gewandt verteidigt, von der Mehrzahl der Anwesenden aber abgelehnt wurde, weil sie das umfassende und am Grundsätzlichen haftende, wissenschaftliche Studium der Universitäten gefährde.

Eine weitere hochaktuelle Tagesfrage stand mit dem Postulat der «44-Stunden-Woche» zur Diskussion, welches von Dr. *E. Schwarb*, Sekretär des Zentralverbandes Schweiz. Arbeitgeber-Organisationen, aus realer Sicht kritisch beleuchtet wurde. Er wies auf die bereits realisierte Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 48 Stunden pro Woche

hin sowie auf die bedeutenden indirekten Verbesserungen durch bezahlte Ferien, Feiertage und Krankenabsenzen. Alle diese Leistungen haben die Produktionskosten, zusammen mit der beträchtlichen Reallohnerhöhung, so sehr belastet, daß eine weitere, ohne Lohneinschränkung verwirklichte Arbeitszeitverkürzung durch die laufende Produktivitätssteigerung nicht wettgemacht werden kann. An Hand zahlreicher Kalkulationen und anschaulicher graphischer Darstellungen wies der Referent die wirtschaftliche Untragbarkeit der postulierten generellen Einführung der 44-Stunden-Woche nach. Man steht daher heute vor der Frage: ob Arbeitszeitverkürzung oder Reallohnverbesserung, eine Frage, welche die Arbeiterschaft wenigstens teilweise eher zugunsten der zweiten Variante zu entscheiden scheint[1]).

In der rege benützten Diskussion wurden einerseits die aufgezeigten wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestätigt, andererseits aber der Gedanke der Arbeitszeitverkürzung an sich doch von verschiedenen Votanten grundsätzlich unterstützt.

Eindrücklich und mit unerbittlicher Offenheit stellte *E. Jucker* zum Abschluß der Tagung die geistige Situation des Westens bloß und rief zum *Credo der Arbeit* auf. Zu sehr hat sich der Unternehmer an den geistigen Problemen seiner Arbeiter desinteressiert, und zu sehr hat er selbst die geistigen Grundlagen seiner eigenen Stellung verloren, so sehr sogar, daß er selbst an den vom Marxismus verkündeten Bankrott des Kapitalismus zu glauben beginnt. Es ist Zeit, daß er an den tödlichen Feind an der Grenze denkt und sich aufrafft, um durch Wiedergewinnung der geistigen Grundlagen des freien Unternehmertums sowie durch eine erlebnisvolle Arbeit ein neues Zeitalter des Kapitalismus herbeizuführen.

Es ist vielleicht ein Nachteil der Gießbach-Tagungen, daß sie zu viele brennende und grundlegende Probleme in gedrängter Zeit zu behandeln versuchen. Vieles bleibt dabei notwendigerweise unabgeschlossen und unbefriedigend geklärt. Anderseits sind die Anregungen einer solchen Tagung um so reichhaltiger. Fruchtbar werden sie aber nur dann, wenn sich die Teilnehmer bewußt sind, daß die eigentliche Arbeit nicht an der Tagung selbst geleistet wird, sondern nachher, wenn es gilt, die empfangenen Anregungen und die offen gebliebenen Fragen ernsthaft zu verarbeiten.

Hans Georg Lüchinger

---

[1]) Vgl. Ernst Schwarb: Zum Problem der 44-Stunden-Woche, «Schweizer Monatshefte», August 1956, S. 337/344.